

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach Bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postbelegkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8900.

Nr. 145

Donnerstag, den 24. Juni 1920

11. Jahrgang

Reichstag ohne ein Reichs-Ministerium.

Bolschewismus und Sozialdemokratie.

Genosse Dr. Otto Bauer, der ehemalige deutsch-österreichische Staatssekretär für Äußere, hat ein sehr lesenswertes und belehrendes Buch über den Bolschewismus geschrieben, das erst das richtige Verständnis der russischen proletarischen Herrschaft vermittelt. Die geschichtswissenschaftliche Untersuchung Bauers beginnt mit den Fragen:

„Nehmen die Methoden der russischen Revolution aus dem Bereich der proletarischen Revolution überhaupt oder sind sie bedingt durch die besonderen Umstände der russischen Gesellschaft? Ist der Bolschewismus die den besonderen russischen Verhältnissen angepasste, in anderen Ländern daher nicht anwendbare Methode des proletarischen Befreiungskampfes? Kann und muß das Proletariat aller Länder die russische Methode nachahmen oder sind die Verschiedenheiten der Kampfbedingungen so groß, daß die Methode, die in Rußland die Geschichte selbst dem Proletariat diktiert hat, in anderen Ländern nicht angewendet werden kann, durch ganz andere Methoden ersetzt werden muß? — indem er zuerst die besonderen Kampfbedingungen des russischen Proletariats untersucht und ihnen dann die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen entgegenstellt, unter denen das Proletariat West- und Mitteleuropas seinen Massenkampf führt. Und aus der Erkenntnis der Grundverschiedenheit der Kampfbedingungen begreifen wir, daß auch die Kampfmethoden verschieden sein müssen, obwohl überall für dieselbe Sache, die Sache des Proletariats, gekämpft und um dasselbe Ziel, die Erfüllung des Sozialismus, gerungen wird.“

Bauer legt seine Darstellung fort mit der Geschichte der russischen Landwirtschaft, von der Aufhebung der Leibeigenschaft (1861), die den feudalen Charakter der russischen Landwirtschaft nicht befestigte, sondern eher verstärkte, bis zu der Agrarrevolution der Bolschewiki, die das Eigentum der Grundherren an Grund und Boden für aufgehoben erklärte und ihren Boden sowie die Staatsdomänen und Kirchengüter den Agrarkomitees der Bauern zur Verwaltung übergab. Daraus ist abzuleiten, daß das Proletariat die Macht nur erobern und behaupten konnte, indem es das „Land“, den realen Boden und die Macht im Dorfe den Bauern überließ. Diese im Wesen bürgerliche Revolution der Grundeigentümerverhältnisse ist in Rußland nun nicht wie in West- und Mitteleuropa, vollzogen worden im Verlauf der bürgerlichen Revolution. Die Wirkung und Frucht der Revolution des Proletariats, der russische Bauer empfing seine Befreiung aus den Händen des Proletariats, und so ist sein Schicksal geknüpft an das der Proletarierherrschaft. Hinter jeder konterrevolutionären Armee, die die Proletarierrepublik bedroht, fürchtet der Bauer nun den Gutsherrn, der sich den Boden wiederholt. Darum ist die Bauernschaft bereit, die Diktatur des Proletariats gegen jede konterrevolutionäre Bedrohung zu verteidigen. Die Herrschaft der kleinen proletarischen Minderheit ist gesichert durch die Frucht des hundertmillionenfähigen Bauernvolkes vor der Konterrevolution.“

Die Sowjetherrschaft wird daher gegen äußere Angriffe durch die Bauern geschützt, die sie befreit hat; aber Bedingung ist wieder, daß die Diktatur des Proletariats vor dem Dorfe halt macht. Das tut sie auch; nachdem alle Versuche, die Kommune auf dem Dorfe zu infizieren gescheitert waren, hat der Bolschewismus vor den Bauern kapituliert. Die Bolschewiki waren ohnmächtig gegen den stummen, passiven, aber jähren Widerstand der Masse der Bauernschaft. Auf dem Sowjetkongress im März 1919 hat das Lenin selbst bekannt. „Nichts kann stärker sein“, sagte er, „als ein gewalttätiger Eingriff in die Sphäre der bäuerlichen Wirtschaft. Nicht die Expropriation des mittleren Bauern ist das Problem, sondern dies, mit den Besonderheiten des bäuerlichen Lebens zu rechnen, vom Bauer selbst die Methoden des Überganges zu einer besseren sozialen Ordnung zu lernen und nicht ihm sie zu kommandieren. In dieser Hinsicht haben wir nicht wenig gesündigt. Die Festigkeit der Sowjetherrschaft beruht heute also eigentlich darauf, daß sie die Bauern, also die gewaltige Masse des russischen Volkes, in ihrer bürgerlichen Kulturlosigkeit ungebrochen behält. Riß die Sowjetmacht den Bauern in seinem Dorfe ungeschoren, so kümmerst er sich nicht darum, was die Sowjetmacht in den Städten treibt. So scheidet der Bauer aus dem Gebiete der Geschichte aus; er sinkt wieder in den engen Kreis seiner lokalen Interessen, wieder in die Tiefe geschichtslosen Daseins zurück. Auf der Bühne der Geschichte bleibt das Proletariat mit der Bourgeoisie allein.“

Und die Sowjetverfassung ist wieder sorgfältig bemüht, die Bauern von jedem politischen Einfluß auszuschließen. Die städtischen Sowjets werden von den wohlhabendsten Arbeitern direkt gewählt, die Gouvernements-Sowjet-Kongresse gehen dagegen aus indirekten Wahlen hervor. Und zwar besteht jeder Gouvernements-Sowjet-Kongress aus Vertretern der städtischen Räte, die auf je zweitausend Wahlberechtigte einen Vertreter wählen, und aus Vertretern der Distriktsräteversammlung, die auf je zehntausend Einwohner einen Vertreter schicken dürfen. Die städtischen Räte haben durch ihre Vertreter in den Gouvernements-Sowjet-Kongressen geradezu ein Pluralwahlrecht. Aber bei dem gewaltigen Übergewicht der Bauern in Rußland müßten sie tragend den Rätekongress beherrschen können; die Sowjetverfassung würde dann nicht die Diktatur des Proletariats begründen, sondern die Klassenherrschaft der Bauern. Jedes ist davon keine Rede; weder in der inneren Politik — man denke an die russische Gesetzgebung über das Erbrecht, über die städtischen Verhältnisse, über das Erbrecht —

nach in der äußeren Politik — das Wirken für die Weltrevolution — ist von der Weltanschauung des Ruschik ein Hauch zu verspüren. Die Masse der russischen Bauern ist eben noch politisch unorganisiert, ungeschult, uninteressiert, und das indirekte Wahlrecht hat eben den Zweck und erndlich es verlor, die Führung des ganzen „werktätigen Volkes dem industriellen Proletariat oder vielmehr der politisch interessierten, regsamsten und aktivsten Schicht des städtischen Proletariats“ zu führen. Dazu kommt der Terror, der jede größere, auffallendere, gegen die herrschende Partei gerichtete Agitation in der Bauernmasse beinahe unmöglich macht. Natürlich ist das alles nur möglich, weil der russische Bauer eben unfähig ist, die Rechte, die ihm die Verfassung einräumt, zu benutzen. Würden die russischen Bauern zu Kulturmenschen, die an dem allgemeinen staatlichen Leben gleiches Interesse nehmen würden, wie die Städter, und ihre Bürgerrechte ebenso auszunutzen verstünden wie die Industriearbeiter, dann würde ihr zahlenmäßiges Übergewicht auch innerhalb der Räteversammlung voll zur Wirkung kommen und die Sowjetverfassung würde sich ohne daß auch nur einer ihrer Paragraphen geändert werden müßte, aus einem Instrument der Diktatur des Proletariats zu einem Instrument der Diktatur der Bauernschaft verwandeln.“

Die Kulturlosigkeit, die politische Stumpfheit der großen Masse der russischen Bauernschaft ist also für die Diktatur des Proletariats die Voraussetzung; ohne sie würde diese Diktatur nie möglich gewesen sein, und mit dem erwachenden politischen Interesse der Bauern — denn, wenn auch langsam, wird es doch hervorbrechen — werden sich auch ihre Wurzeln lockern; darin ist ihre zünftige Bedingtheit beschlossen. Aber wie unterschiedel sich die Bauernschaft in Mittel- und Westeuropa von diesen russischen Bauern! Diese Kulturlosigkeit der russischen Bauernmasse ergibt deshalb nicht bloß die Möglichkeit der Diktatur des Proletariats; sie ist auch ihre Rechtfertigung. Fern heute würden in einer demokratischen Republik die russischen Bauern zur willenlosen Beute jedes Schlagwortes, jeder Demagogie; wenn es der Bourgeoisie, die für sich, wie überall, zahlenmäßig nicht viel bedeutet, möglich wäre, die Bauern zur Stütze der bürgerlichen Herrschaft heranzuziehen, wäre diese geradezu vor jeder Anzweiflung behaltet. So war die Entrechtung der Bauernschaft in einer bestimmten Phase in einem gewissen Sinne notwendig; aber auf dieser heimlichen Entrechtung der Bauernschaft beruht in Wahrheit die Sowjetherrschaft weit mehr als auf der offenen Vergewaltigung der Bourgeoisie. Man erwäge nun, wo in aller Welt, außer eben in Rußland, es möglich wäre, die Bauernschaft um den vollen politischen Ausdruck ihrer realen Macht zu bringen!

Wir erkennen nun als die erste der Tatsachen, die die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in Rußland möglich und vielschicht notwendig gemacht haben, den politischen und geistigen Zustand der russischen Bauernschaft; die ersten mit dem Proletariat die Tatsache verknüpft, daß sie ihre Befreiung der proletarischen Revolution verdankt, die zweitens an dem Staate kein Interesse hat noch nimmt, also es trägt, daß sie im Staate von jeder wirkenden Macht ausgehalten ist, wobei die proletarische Diktatur allerdings wieder darauf verzichten muß, die Dörfer in Bewegung zu bringen, ihre Bewegungsfähigkeit als eine Stütze ihrer Macht zu behaupten muß. So sehen wir, daß die Dinge in Rußland liegen, wie nirgends in Europa, wir erkennen, daß diese Voraussetzungen, ohne die eine Aufrichtung der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie nicht möglich ist, fast nirgends gegeben sind.

Reichstag und kein Kabinett.

Heute tritt der am 6. Juni neu gewählte deutsche Reichstag zusammen. Er findet wohl einen Reichstagsler aber noch kein Ministerium vor. Noch ist nicht einmal eine genügende Klärung darüber getroffen, welche Parteien die neue Reichsregierung, die nun doch bald kommen muß, stellen sollen. Wegen der von uns gestern besprochenen zögernden Haltung der Demokraten, die sich mit dem ungenügenden Entgegenkommen der Sozialdemokratie entschuldigen, wird sogar damit gerechnet, daß nur das Zentrum und die Deutsche Volkspartei die Minister stellen. Weitere Verhandlungen sollen aber Uebereinstimmung dahin ergeben haben, daß die bisherigen demokratischen und Zentrumminister in ihren Ämtern verbleiben. Die Befehung des Auswärtigen Amtes mit dem früheren Ministerialdirektor Simons hat allgemeine Zustimmung gefunden. Infolge der endgültigen Abgabe des Geheimrats Weisbach wird bereits mit einem anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens verhandelt.

Der „Vorwärts“ hält die Lage nicht mehr für ungünstig. Somit schreibt er: Eine Regierung der bürgerlichen Mitte auf die Weise zu stellen, sei die Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, der neuen Regierung ein Ministerium auszustellen, sofern ihre Zusammensetzung und ihr Programm dem entspreche, was bisher darüber bekannt geworden sei. Es wird angenommen, daß Gehrenbach sein neues Kabinett dem Reichstage in der zweiten Sitzung vorstellen kann. Der Letztinstanzschuß des Reichstages tritt heute vormittag 11 Uhr zusammen. Es sei angeblich geplant, an diesem Tag die Angelegenheiten des Reichstages noch um einige Tage zu verschieben. Ob die

Mehrheit aber doch nicht die erste konstituierende Sitzung abhalten werde, lasse sich noch nicht sagen.

Amnestieforderung der deutschen Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern nach der Vornahme von Vorstandswahlen beschlossen, den Antrag einzubringen, die Regierung zu ersuchen, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 29. März gewährleistet werde. Durch diesen Antrag wird mit Geltung im ganzen Reich eine Amnestie im Geiste des Bielefelder Abkommens angefordert.

Auch in Polen dauernde Krise.

Warschau, 23. Juni. (Deutsch-polnischer Pressedienst.) Nach zweitägigen Beratungen mit den Zentrums- und Linksparteien, die das neue Kabinett bilden sollten, stellte Abgeordneter Witos gestern abend 9.30 Uhr die Unmöglichkeit fest, ein positives Ergebnis zu erzielen. Abgeordneter Witos legte darauf den Auftrag der Kabinettsbildung wieder in die Hände des Staatsoberhaupts zurück.

Polens weiterer Rückzug.

Warschau, 22. Juni. Nach einer halbamtlichen Meldung sind die bolschewistischen Truppen bereits in unmittelbarer Nähe von Winst und Podolsk. Die polnischen Truppen haben die beiden Städte geräumt. In Südrußland werden die Angriffe der Bolschewiken immer stärker. Westlich von Odessa sind die ukrainischen Hilfstruppen der Polen zum Rückzug gezwungen worden.

Blutige Streikhämpfe in Mailand.

Nach Schluß einer Massenversammlung, die sich mit dem Eisenbahnerstreik beschäftigte, kam es in Mailand am 22. Juni, nach der „D. Z.“, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Gendarmen. Fünf Arbeiter wurden getötet, etwa fünfzig Personen schwer verletzt, unter diesen fünfzehn Polizeibeamte. Bis Mittwoch vormittag floh in den Mailänder Straßen Blut. Mehr als hundert Verhaftungen wurden vorgenommen. Große Menschenmengen zogen durch die Straßen und verhinderten jeden Verkehr von Fahrzeugen irgendwelcher Art.

Zur Entwaffnung Deutschlands.

Amsterdam, 23. Juni. Laut „Times“ soll eine in der Entwaffnungsfrage an Deutschland gerichtete Note den deutschen Einwendungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppe von 80.000 auf 150.000 Mann gestattet.

Sozialistische Regierung in Braunschweig.

In Braunschweig haben die Bürgerlichen ihre antidemokratische Opposition gegen die Bildung der Regierung endlich aufgegeben und sich mit der Abgabe welcher Zettel begnügt. Zu Ministern wurden gewählt die Sozialdemokraten Antrid und Steinbrecher, die Unabhängigen Dertter, Junke und Sievers.

Wie wir ausführlich darlegten, haben die Braunschweiger Unabhängigen auf jede un-demokratische Haltung verzichtet und sich der Sozialdemokratie gegenüber sogar zu Wahrhaftigkeit und Anstand verpflichtet.

England verhandelt noch mit Rußland.

Paris, 23. Juni. Nach einer Londoner Meldung des Berichterstatters des „Temps“ sind die Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und dem Sowjetvertreter Krassin nicht abgebrochen worden. Auf der Grundlage der Beschlüsse von Boulogne würden die Verhandlungen morgen oder übermorgen wieder aufgenommen.

Ein gefälschtes Staatsprotokoll.

Der vereinte Zweite und Dritte Straßensatz des Reichsgerichts verurteilte gestern den, inzwischen zum Reichstagsabgeordneten gewählten, Redakteur der unabhängigen „Freiheit“ Hans Wittwoch wegen versuchten Landesverrats sowie wegen übler Nachrede in Bezug auf den früheren Kriegsminister Koste, den Oberst Hof und den Auswärtigen Amt zu 2 Jahren Festungshaft unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft. Die Straftat wurde begangen durch die am 22. Oktober 1919 durch den Angeklagten bewirkte Veröffentlichung des „Protokolls“ über eine angeblich am 8. Juni 1919 im Auswärtigen Amt abgehaltene Kabinettsitzung. Das Protokoll erwies sich hinterher als plumpe Fälschung, wurde aber vom Angeklagten — angeblich — für echt gehalten und hätte dem Deutschen Reich großen Schaden zuzufügen vermocht.

Danzig nur bewahrt haben soll! Vielleicht hören wir doch von den Wissenden bald etwas wirklich Auffällendes hierüber. Die Bevölkerung Danzigs darf sich aber auf die Feststellung des Wirtschaftsamtes verlassen, daß der Bezugschein für Schokolade nicht kommt. In unüberlegten Häufen liegt also nicht der geringste Anlaß vor.

Der Haß gegen die Wahrheit

beherrscht das unabhängige „Freie Volk“ unbegreifbar. Was zum bestimmungsfähigen Stumpfsinn führt es die Unwahrscheinlichkeit, die es einmal ausgedacht hat, wieder um nur keinen Defekt nicht eingesehen zu müssen, wie sehr sie ständig getuschelt und hinter die Fassade zu müssen. Die „Freie Volk“, sorgfältige Lesende des Blattes gegen unsere Parole vorfindenden Personen wegen des — wie das unabhängige „Freie Volk“ behauptet — reinlichen Sparschafts-Spielers Puzmer (Marberg) haben wir am Sonntagabend wieder etwas beleuchtet.

Am Montag geht das Mäuschen der Antwort an uns tabular — beiderseitig — aus dem Wege, daß es ohne uns überhaupt zu nennen mittelst es hohe Töne nicht Haß zu Verhöhnungen, sondern das zur Erzeugung von Verhöhnungen bevorzugen wollen, nur ein Druckfehler habe diese Verhöhnung entworfen. Wie sich die Armen in der Sache durch die „Verhöhnung“ drücken zu können glauben, ist für uns unverständlich. Die Sage der unabhängigen Wahrheitsreiner wird doch nur noch unglücklicher, wenn sie Töne erst vorwerfen, daß er nicht berichtigte und ihr gleich darauf beschuldigen, daß er zu schnell berichtigt. Es sollten die Erzeuger solcher genialen Rhetorik doch weit besser das Rezept ihres Obersten Ratns beachten. Dieser erklärte in öffentlichen Stadtkonventionen, daß er ein so ausgezeichnetes Gedächtnis habe, daß er auch über die unglückseligste Verhöhnung des gleichen Sachverhaltes — im Deutschen heißt dies häßlicher: Bögen — nicht strauchen könne. Also auf das ausgezeichnete Gedächtnis kommt in solchen Fällen unbedingt an. Welche klugmachende Stupidität genügt noch durchaus nicht!

Das „Freie Volk“ bleibt jedoch beharrlich bei dieser Umgehung aller vernünftigen Heberlegung. Es behält den beschämenden Mut seine „Haß-Motiv“ mit folgender Schlichtheit zu schreiben: „Wie nehmen an, daß diese Angelegenheit nun endlich erledigt ist, besonders da Trosen durch sein Stillschweigen sein Schuldbewußtsein endlich eingestanden hat, und damit unsere die Demagogik bezüglichen Behauptungen sich als wahr erwiesen haben.“ To alle Entschuldigung über ein solches Maß geradezu unmenslicher Nichtswürdigkeit gegen ein „F. V.“ doch nur mäßige Verschwendung bekannten, so können wir diese echt unabhängige Redaktionsleistung einfach niedriger.

Eine unabhängige Siegesmeldung

besonderer Art bringt das hiesige „Freie Volk“ am Dienstag klug und verneint. Man sieht es, der längsten Meldung deutlich an, wie sauer es ihren Erzeugern geworden ist, sie möglichst harmlos und belächelnd zu formen, um doch wenigstens noch einigen Trost zu spenden. Man hört dort:

„Die Druck- und Verlags-Gesellschaft „Das freie Volk“ beschloß in ihrer am Sonntag im Schaubühnen Lokal abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung in Liquidation zu treten und wählte den bisherigen Vorstand und Ausschuss der Gesellschaft als Liquidationskommission. Die Auszahlung der Anteile wird in nächster Zeit erfolgen. Näheres darüber wird noch bekannt gemacht werden.“

Daran ist die spätere Mitteilung geknüpft, daß der Druck und Verlag des „F. V.“ unverändert fortgeführt werden. Schon lange war dieses Schicksal der Verlagsgesellschaft der singla wahren „Masse“ partei zu erwarten. Durch manche Sanierungsversuche konnte der Niederbruch nur über die Volksstagswahl hinaus verzögert aber doch nicht mehr aufgehalten werden.

Die Aufwandsentschädigung für den Volkstag

wird in der Deffentlichkeit und in der Presse recht kritisch beurteilt. Bekanntlich beschloßen die Abgeordneten des Volkstages in ihrer letzten am 21. Juni abgehaltenen Sitzung in drei sofort hintereinander durchgeführten Lesungen, daß jeder Abgeordnete neben der freien Fahrt auf allen Schienen und Wasserwegen monatlich 900 Mark erhält. Für jede Kommissions Sitzung werden außerdem noch 15 Mark gewährt. Für die 120 Abgeordneten stellt sich demnach die Ausgabe allein für die Paulsaffsumme — wenn auch nur ganz wenige Sitzungen stattfinden — auf 108 000 Mk. für den Monat.

Die „Danziger Ztg.“ wendete sich gleich am nächsten Morgen gegen den Beschluß durch folgende Ausführungen: „Die Aufwandsentschädigung mag als sehr hoch bezeichnet werden, besonders in Anbetracht der ungünstigen Finanzlage des Freistaates und der verhältnismäßig hohen Zahl der Volksvertreter. Es hat demnach jeder Steuerzahler des Freistaates etwa 12 Mark für die Volksvertretung zu zahlen. Die Entschädigung ist auch sehr hoch im Vergleich zu denen in den deutschen Hanselstädten. Es bekommen in Lübeck auswärtige Vertreter 600 Mark, nichtauswärtige Vertreter 500 Mark jährlich. In Bremen wird monatlich eine Aufwandsentschädigung von 100 Mk. gezahlt. Bei besonderen Sitzungen werden für die Stunde an Einwohner Bremens 2,50 Mk. bis 20 Mk. am Tage, für Auswärtige 6 Mark gezahlt. Aber auf eine Prüfung der Frage der Belastung und der Deckung ließ sich das hohe Haus nicht ein. Der Berechnung der Kosten auf 12 Mark pro Einwohner des Freistaatsgebietes liegt die Annahme zu Grunde, daß die Entschädigung ein volles Jahr hindurch mit insgesamt 1 300 000 Mark gezahlt wird, was jedoch keinesfalls zu erwarten ist. Wir können auch nicht prüfen, ob die von der „Danziger Ztg.“ mitgeteilten Entschädigungsbeträge inzwischen nicht schon erhöht worden sind. Jedenfalls sind auch wir der Meinung, daß die Bemilligung der 900 Mark monatlich, die ausnahmslos gezahlt werden, ohne Rücksicht auf die Zahl der Sitzungen, zu hoch ist. Dabei stehen wir selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter nicht durch Mittellosigkeit an der Ausübung parlamentarischer Mandate verhindert werden darf. Das billige Betonen der Pflichten des Ehrenamtes, in dem sich die „Dz.-Ztg.“ heute früh wieder gefüllt, schenken wir ihr gern. Aber bestimmte Grenzen darf man in der Festsetzung des Aufwandsgebietes auf diesem Gebiet nicht übersehen. Deshalb sind wir erstaunt, daß eine Seite, die sonst in ihrer öffentlichen Kritik ganz anders tut, sogar eine monatliche Entschädigung von 1350 Mk. als notwendig vorgeschlagen hat.“

Polnische Spiel im Kreis?

Der in Stettin erscheinende demokratische „Offen-Zeitung“ wird aus ihrem Leserverse mitgeteilt, in letzter Zeit sei es mehrfach vorgekommen, daß während der Durchfahrt durch den polnischen Korridor Reisende, die ihrem berechtigten Namen über die polnische Wirtschaft laut gemacht hätten, auf der nächsten polni-

schen Station mit einem ihrer Freunde Besprechung von Geldern aus dem Urtel beauftragt und an der Weiterfahrt verhindert worden sind. Polnische Geheimagenten sind ebenfalls in größerer Anzahl zum Zwecke der Heberlegung der Reisenden angestellt und halten sich in unauffälliger Weise in den Abteilen auf. Darum: Vorsicht bei Besuchen auf der Durchfahrt durch den polnischen Korridor!

Eine dringende Notwendigkeit.

Man schreibt uns als Eingekerkert: Zell Friedrichsruh, 10. Jan. 1920. In der Freistaat ohne eigene Anstalt für Geisteskranken. Die Kranken müssen in einer Anstalt von Polen untergebracht werden. Doch die Angehörigen der Kranken schützen, dieselben nach dort bringen zu lassen kann sich wohl ein jeder denken. Würde es nicht möglich, daß sich der Freistaat eine eigene Anstalt einrichten könnte, denn durch den Umschwung sind viele Gebäude freigegeben, welche sich durch Umbauen für diesen Zweck eignen würden. Fern besonders für die Angehörigen der unbemittelten Kranken ist es doch immer eine sehr kostspielige Sache, wenn dieselben ihre Angehörigen besuchen wollen. Der Freistaat Danzig mit seinen annähernd 400 000 Einwohnern könnte doch wirklich eine eigene Anstalt besorgen. Vielleicht nehmen sich die Danziger Vertriebsrat und die Verfassunggebende Versammlung dieser Sache näher an und werden durch schnelle Schaffung einer eigenen Anstalt den lang gehegten Wünschen der Einwohnerschaft gerecht.

Boger-Wettstreit im Wintergarten.

Das zweite Juni-Programm unseres Sommer-Varietets hat die wertvollsten Plätze des ersten Juni-Programms behalten. Hierzu gekommen sind die trefflichen Beytons, zwei außerordentlich wirksam arbeitende Humori-Comique-Genies. Die ebenfalls neu hinzugekommenen Schwestern Fiedel sind erstklassig als Kontorsionistinnen, ihre Gewandtheit übersteigt alle Vorstellungen. Seit gestern hat die Direktion eine Anzahl der besten Boger zu Wettkämpfen verpflichtet, die täglich für mindestens 9 Tage ausgedient werden sollen. Das Interesse für diese in Danzig früher noch nie gesehenen professionellen Kämpfe, die Herr Feinmann-Berlin leitete, zeigte sich schon gestern recht stark. So meldeten sich schon sechs Angehörige der englischen Besatzungsgruppen zur Teilnahme. Heute werden bereits mehrere von ihnen mitkämpfen. Zwei Sportleute stifteten gestern auch vor Beginn des zweiten Kampfes, Kobbly-Berlin gegen Arnt-Frankfurt a. M., Preise von je 100 und 500 Mark. Im ersten Kampfe siegte Max Naujoks-Berlin gegen W. H. Hesse-Berlin im heftigen Gange. Der zweite Kampf Kobbly-Berlin gegen Arnt-Frankfurt blieb, obwohl die Entscheidung mehrfach ganz nahe schien, unentschieden.

Aus der Installationsfirma Viktor Diehan.

Man schreibt uns: Die elektrische Installationsfirma Viktor Diehan errichtet für ihren Betrieb in der Gewehrfabrik eine Werkstatt. Bekanntlich sind die hiesigen Elektromonteur und Helfer im Streit, weil die Elektrogehilfen unter Führung ihres Vorstehers, Herrn Viktor Diehan, die berechtigten Forderungen der Elektromonteur ablehnen. Mit Hilfe eines Materialverwalters der Gewehrfabrik ließen sich vier ältere Arbeiter dieses Betriebes dazu verleiten, für die Zwecke der Werkstatteinrichtung der Firma Diehan aus der Gewehrfabrik 4 Unterzüge (N. Eisen) à 10,50 Meter sowie 9 fertige Ausdrückvorrichtungen, 1 Werkzeugkasten mit Werkzeug und 1 Kau der Gewehrfabrik zu entnehmen und nach Feierabend die Werkstatt der Firma Diehan einzurichten.

Diese vier Arbeiter erhielten von der Firma für diese Lieberstunden einen Lohn von 8 Mark pro Stunde. Wegen Heberlegung des Vertrages, der zwischen der Arbeiterschaft und der Direktion der Gewehrfabrik besteht, der bezahlte Nebenarbeit verbietet, wurden die Arbeiter sofort entlassen. Sie jetzt das Nachsehen haben, da sie noch nicht einmal in den Genuss der städtischen Arbeitslosenunterstützung kommen, weil sie ihre Entlassung selbst beschuldigen. Wegen der Entwendung des Materials harret ihrer noch eine besondere Strafe.

Wir möchten in diesem Falle uns aber die Frage erlauben, wer hier der eigentlich Schuldige ist? Ob die Unternehmer auch nach diesem Fall noch von der gesunkenen Moral der Arbeiter reden werden?

Den streikenden Elektromonteur bietet man einen Lohn von 4 und 8 Mark und darunter, für Nebenarbeit hält man dagegen 6 Mark nicht für zu hoch.

Aus Sibirien zurückgekehrt, Landgerichtsdirektor Goring ist nach 6jähriger Gefangenschaft in Sibirien nach Danzig zurückgekehrt und wird hier wiederhoh: seinen Dienst aufnehmen. Herr Goring befand sich bei Ausbruch des Krieges in Odesa auf einer Fernreise. Er wurde als Zivilgefangener nach Sibirien gebracht und lebte hier in einem Steppendorf in der Hauptstadt von Karkoffeln und Brot, wie die dortige Bevölkerung überhaupt. Als Zivilgefangener genas er ziemlich rasch, aber er mußte sich selbst unterhalten. Das gelang ihm dadurch, daß er Sprachunterricht gab. Außerdem war dort ein Komitee, das die Aufgabe hatte, für die Zivilgefangenen zu sorgen. Als Zivilgefangener hätte er schon früher zurückkehren dürfen, doch es fehlte die Transportgelegenheit. Die Schwierigkeiten bestanden darin, von Sibirien nach Krakau zu gelangen. Außerdem war auch die Front der weißen und roten Garde und schließlich die Blockade des Hindernis. Die Gefangenen sind zum Teil seit zwei Jahren ohne Verbindung mit ihrer Heimat. In den Gefangenenlagern sind zwar viele Personen gestorben, aber es besteht nach der Meinung des Landgerichtsdirektors durchaus die Möglichkeit, daß Gefangene, die von den Angehörigen vermisst wurden, dennoch plötzlich in der Heimat auftauchen.

Gesellschaftsreise des „Schiffgott“. Der schöne in Danzig bestens bekannte Waghdamper, der die direkte Seeverbindungen Swinemünde—Zoppot—Danzig dauernd ausrichtet, erhält für den kommenden Sonntag vom Zoppoter Kurhaus-Rasino seinen Witglidern zu einer außerordentlich interessanten Sonderfahrt in die Ostsee zur Verfügung gestellt worden. Der Dampfer fährt um 1 Uhr mittags vom Seeloge in Zoppot ab. Nach einer Fahrt durch die Danziger Bucht geht der Schwade um mit einem hölzernen angehaute Waghdamper weit über Gela hinaus in das Östmeer, das selbst einem Richard Wagner die Idee zum „Fliegenden Holländer“ gegeben hat. Gegen 6 Uhr abends trifft der „Schiffgott“ wieder in Zoppot ein. Während der Fahrt werden die Leibeswahrer wahlweise ein Doppeltorger ist vorzusehen, und in anderer Art bestanden unterhalten werden. Als Fahrtzweck gelten die Witglidern, im übrigen verweisen wir auf die heutige Anzeige.

Porträts über Operanten veranstaltet der Danziger Operant „Nico“ heute, Donnerstag, und Freitag in Danzig und Langfuhr. Es sind unentgeltliche Aufführungsvorträge über Wesen, Treue und Ziel dieser Weltkultursprache. Zur Erlernung des Operants werden in Danzig und Langfuhr unentgeltlich Kurse eingerichtet. Gerade Danzig scheint der Treffpunkt für Künstler werden zu sollen, die hier Beziehungen zwischen sonst weitverbreiteten Kulturen vermitteln werden. Wer sich ein eigenes Urteil über die Anwendungsmöglichkeit des Operants bilden will, dem kann der Besuch der

„Danziger“ empfohlen werden, über besprochen auf der „Freie Volk“ in anderem Angelegenheit der hiesigen Anzeige.

Neues Operetten-Theater. Heute, Donnerstag, den 24. Juni, geht zum ersten Male die in ständischen Ehrenkleidern mit großem Erfolg aufgenommene Operette „Ein Ball in St.“ von Oscar Straus in Szene. Unter den schon am „Lustbühnen“ bekannten Hauptdarstellern, den Herren Gustav Weller, Brauner, Charles Lind, Rudolf Much, den Damen Ursula Prosch, Corla Ott, tritt zum ersten Male der hiesige eingetragene 1. Tenor des „Theater des Festens“, Herrin, Herr Reiterbach, auf.

Neue Danziger Stempel. Die Freistaatsbehörden bejahren jetzt neue Stempel einzuführen. Auf dem Bericht hat man einen Stempel fertigen lassen, der in der Mitte das Danziger Wappen zeigt, das mit einigen Schmuckstein umgeben ist. Dieses Bild ist von dem Namen der Behörde umgeben. Auch die Polizei hat den gleichen Stempel eingeführt.

Ausperrung bei Wolan. Die Arbeiter der Firma Wolan in Stettin haben die Arbeit eingestellt und zwar aus dem Grunde, weil sie es ablehnen die Arbeiten der ausländischen Arbeiter zu verrichten. Kommittee hat einen Dampfper in Wolan herbeigeholt und glaubt, daß dort die Arbeit fertig gemacht wird. Derin möchte sich der Herr geinlich. Die Folge davon ist die allgemeine Aussperrung.

Derliche Parteinachrichten.

Heute abend, 7 Uhr, im Singaal der Petrischule am Hansaplatz:

Vertrauensmänner-Sitzung S. P. D.

1. Vortrag des Gen. C. P. J. Jostadtpolizei
2. Agitationsmaßnahmen
3. Verschiedenes.

Schreiber Bericht wird erwartet.

Aus den Gerichtssälen.

Der Totschlag in der Hundegasse.

Wegen Körperverletzung mit Todesfolge hatte sich gestern der Bäckmeister Adolf Kaskowski von hier vor den Geschworenen zu verantworten. Zur Last gelegt wird ihm die Tötung der Bäckmeisterwitwe Adele Fischowski, der Geschwister seiner eigenen Frau, die hier in Danzig großes Aufsehen erregt hat. Die alte Frau war in ihrer Wohnung als Leiche aufgefunden worden, mit einem Tuch um den Hals am Bettposten hängend, als ob sie Selbstmord begangen hätte. Die Leichenöffnung ergab, daß davon keine Rede sein konnte: sie war offenbar eines gewaltsamen Todes gestorben und dem erst als Leiche in die Lage gebracht, in der sie später aufgefunden war. Zuerst entstand der Gedanke an einen Raubmord, da das Bargeld, die Schmuckstücke und die Sparfläschchen der Toten nicht aufgefunden waren. Der Verdacht lenkte sich auf den Angeklagten, der unmittelbar nach der Tat mit einem Freunde nach Berlin gefahren war. Beide wurden dort festgenommen und nach Danzig transportiert, ihnen konnte aber zunächst nichts nachgewiesen werden, bis dann schließlich auf eigenartige Weise festgestellt wurde, daß Kaskowski am Tage der Tat in seiner Wohnung, die an das Zimmer der Toten sich grenzt, gewesen war, was er bisher hartnäckig geleugnet hatte. Da sah er sich schließlich veranlaßt, ein Geständnis abzugeben, das er auch in der Verhandlung wiederholte. Er gab zu, daß der Tod der Frau Fischowski durch ihn verursacht sei, ein unglücklicher Zufall sollte dabei jedoch mitspielen haben.

Den Vorgang des Vorfalls schilderte der 24 jährige Angeklagte folgendermaßen: Seine Ehefrau war an Augenerkrankung erkrankt, beland sich aber schon in der Besserung und war am 24. Januar in die Wohnung ihrer Mutter transportiert worden, um dort ihre völlige Genesung abzuwarten. Er selbst begab sich mit einem Freunde, einem Konditor M., am demselben Tage nach Orlowa, wo er zu einem jungen Mädchen in nähere Beziehungen getreten war. Er hatte sich sogar mit diesem verlobt, auch eine Verlobungsangelegenheit verhandelt, wobei er nur die Leiche brachte, einen anderen Vornamen anzugeben, damit seine Frau nichts merkte. M. und Kaskowski hatten in Orlowa die Nacht in einem Hotel zugebracht, am nächsten Tage einen Spaziergang gemacht, worauf L. am Abend mit seiner Braut zusammenkommen wollte. Vorher fuhr er aber doch noch mit M. zusammen nach Danzig herein, um sich einen anderen Anzug anzuziehen, zu welchem Zweck er seine Wohnung aufsuchen mußte, während M. eine Restauration besuchte.

Während der Angeklagte beim Nacht der Mutter beschäftigt war, sei nach seiner Angabe Frau Fischowski in ihr Zimmer gekommen und habe, als sie die Unversehrtheit des L. im Nebenzimmer bemerkte, gegen ihn und seine Ehefrau Schimpfwörter geschrien. Schließlich will dann L. in das Zimmer der alten Frau gegangen sein und sich derartige Redensarten verboten haben. Diese habe darauf von einem Spirituskocher eine Kaffeekanne mit heißem Wasser genommen und sei damit auf ihn losgegangen. Da habe von die Mutter gepackt, er habe ihr die Kaffeekanne aus der Hand geschlagen und ihr dabei wohl mit dem Anze einen Schlag in die Wangengegend versetzt. Zu seinem Schrecken sei sie da in sich zusammengesunken und habe seinen Laut von sich gegeben. Er habe sie dann auf einen Stuhl gesetzt und nachher ins Bett gelegt und zugebedt, sie sei aber augenscheinlich tot gewesen. Er sei dann fortgegangen und habe M. von den Vorwürfen erzählt. Dieser habe sich bereitwillig, einen von L. zurückgelassenen Karton aus der Wohnung zu holen, und dabei aus eigenem Antrieb der Leiche die Stellung gegeben, in der sie nachher gefunden wurde, um die Tat auf diese Weise zu vertuschen. Bei dieser Gelegenheit habe M. die Sparfläschchen der Toten an sich genommen. Der Angeklagte selbst will davon nichts gewußt und die Sparfläschchen erst längere Zeit später bei M. gefunden haben, worüber es dann noch zu einem ereignisreichen Streit zwischen ihnen gekommen sei.

Die Entschuldig der Tat ist bekanntlich einem eigenartigen Zufall zuzuschreiben. Der Angeklagte, der damals erwiesenermaßen hat nachträglich leugnete, hatte im Gefängnis den Privatdetektiv Hagenbarth beauftragt, den wirklichen Täter zu ermitteln, damit er so seine Unschuld erweisen könnte. Mit diesem Auftrage hat er sich aber selbst hineingelegt, denn Hagenbarth gelang nach kurzer Zeit zu ermitteln, daß sein Auftraggeber selbst der Täter war.

Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage ohne dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Der Staatsanwalt beantragte 6 Jahre Zuchthaus, das Gericht glaubte aber mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit und Jugend des Angeklagten doch nur auf Gefängnisstrafe, wenn auch auf die höchstmögliche, erkennen zu müssen. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Polizeibericht vom 24. Juni. Verhaftet: 11 Personen, darunter 5 wegen Verdacht des Diebstahls, 6 in Polizeifast. — Gefunden: 1 Briefkasten mit verschiedenen Papieren des Kraftfahrers Paul Bendig; 1 Quittungsstapel für Johann Kausch; 1 Mäntel für Schulden, abgehoben aus dem Grundbesitz der Polizeipostämter.

